

**Deutschlands Zahlungsfähigkeit.**

Prof. Dr. M. Regnes, der durch sein Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages“ schnell zu Weltruf gelangte englische Finanzwissenschaftler, läßt eine Schrift „Der Friedensvertrag von Versailles“ erscheinen. Angesichts der geradezu wahnwitzigen Forderungen, die der französische Finanzminister Doumer auf der Pariser Konferenz an die deutsche Botschaft stellen zu dürfen glaubte, werden die nachstehenden Ausführungen Regnes' höchstem Interesse begegnen.

Es ist klar, daß Deutschlands Zahlungsfähigkeit, einen jährlichen fremden Tribut zu entrichten, vor dem Kriege größer war als jetzt, nachdem es fast seine gesamten Kolonien verloren, seine Handelsverbindungen, seine Handelsmarine und seine überseeischen Besitztümer eingebüßt hat. Denn es hat 10 v. H. von Land und Bevölkerung abtreten müssen, ferner 1/4 seiner Kohlenförderung, wenn Oberschlesien verloren geht, 1/4 seiner Eisenerze, es hat den Verlust von 2 Millionen Männern im besten Lebensalter zu beklagen, es behält eine durch 4-jähriges Hungerleiden verkleinerte Bevölkerung und eine durch die Last seiner ungeheuren Kriegsschuld auf ein Zwanzigstel seines früheren Wertes herabgedrückte Valuta. Es ist von seinen Alliierten und deren Völkern abgefordert, es hat die Revolution im Innern und den Bolschewismus an seinen Grenzen. Es hat sich dann schließlich noch mit dem unermeßlichen Verlust an Kraft und Hoffnungen, die der vierjährige, alles verschlingende Krieg verursachte und mit der ungeheuren Niederlage abzumessen.

Man möchte meinen, daß dies alles ganz klar ist; die meisten Urteile bei der Forderung eines großen Schadenersatzes an Deutschland gehen jedoch von der Annahme aus, daß es in Zukunft einen noch viel größeren Handel treiben können, als es früher der Fall gewesen ist.

Es gibt für Deutschland eigentlich nur drei Möglichkeiten, seine Schulden zu bezahlen: 1. sofort übertragbare Güter in Form von Gold, Schiffen und ausländischen Eisenbahnen; 2. der Eigentumswert von abgetretenen oder unter dem Waffenstillstand übergebenen Gebieten; 3. jährliche Zahlungen, auf eine Reihe von Jahren verteilt, teilweise in bar und teils in Materialien, wie Rohstoffe, Raff und Farben.

Es gibt keinen anderen Weg, wie man auch immer denken mag. In meinem Buche habe ich den Wert der beiden ersten Punkte genau analysiert. Was sich selbstem ereignet hat, hat zu dem Schluß geführt, daß meine Schätzungen eher zu hoch als zu niedrig waren. Auch sind meine Ziffern von niemandem ernstlich angegriffen worden. Der allgemeine Schluß der Prüfung der gültigen Daten ist daher, daß eine Summe von 800 Millionen bis 1 Milliarde Dollars, das Maximum ist, was nach Zahlung der Kosten der Besatzungsarmee übrig bleibt.

Es wird vielleicht dem Leser helfen, sich zu vergegenwärtigen, wie geringfügig der weltliche und übertragbare Reichtum Deutschlands im Vergleich zu der oben erwähnten phantastischen Größe ist, wenn ich einen besonders wichtigen Punkt anführe. Der Gesamtwert der deutschen Handelsmarine, die nach dem Vertrag die Alliierten für sich behalten, ist mit 600 Millionen Dollars wahrscheinlich, zu hoch angegeben — 800 Millionen Dollars auf eine Gesamtschuld von 40 Millionen Dollars. Die ungeheuren Kriegsausgaben, das Steigen der Preise und das Fallen der Valuta führen zu einer vollkommenen Unvollständigkeit der Werteinheit; hierzu kommt noch die Tatsache, daß das, was wir als die Grenze des Möglichen ansehen, so enorm überschritten wurde, daß jene, die ihre Erwartungen aus der Vergangenheit schöpften, oft Unrecht hatten, und daß schließlich deshalb dem Wanne aus dem Volke jeder Sinn und jedes Verständnis für Zahlen und Größenverhältnisse in Finanzangelegenheiten verloren gegangen ist. Aber wir müssen versuchen, unseren Sinn für Wirklichkeit wiederzuerlangen.

Wenn der Betrag für Deutschlands sofort übertragbares Eigentum unannehmlich ist, so muß sich die Wiedergutmachungskommission hauptsächlich an die zukünftigen Zahlungen halten. Da gibt es eigentlich nur einen Weg, wie solche Zahlungen geleistet werden können (abgesehen von vorübergehenden Anleihen an Deutschland seitens fremder Länder), nämlich dadurch, daß der Betrag des deutschen Exportes der des Imports übersteigt. Daraus folgt, daß eine rationale Schätzung der Zahlungsfähigkeit nur auf der Basis gemacht werden kann, daß man die Handelsziffern Deutschlands vor dem Kriege und die jetzt mögliche Steigerung seines Exportes prüft.

Es ist nicht möglich, auf dem wir zur Verfügung stehenden Raum in Einzelheiten darüber einzugehen, aber ich komme zu dem allgemeinen Schluß, daß es keine vernünftige Wahrscheinlichkeit dafür gibt, daß Deutschland jährlich mehr als 500 Millionen Dollars bezahlen kann. Diese Summe hat noch niemand in Einzelheiten in Frage gestellt, wohl aber wurde sie von vielen hervorragenden Autoritäten als eine der besten bisher vorliegenden Schätzungen betrachtet.

**Die Entente verlangt Aburteilung der Kriegsschuldigen bis Ende April.**

Paris, 30. Jan. Nach einer Meldung des „Temps“ hat der Rat der Alliierten den Antrag einer Entente-Kommission, wonach Deutschland die Aburteilung der Kriegsschuldigen durch das Reichsgericht bis spätestens Ende April durchgeführt haben muß, angenommen.

**Widstinn.**

Die Entente-Kontrollkommissionen haben den Abbruch der deutschen Flugschulen so beschleunigt, daß bis zum 18. Februar alle Hallen abgetragen sein werden. Nach Abbruch der Hallen darf Deutschland neue bauen. Das Reich wird mit dem Bau im März beginnen und hat zunächst 1.134.000 M. zu diesem Zwecke angefordert.

**Gegen die Arbeitslosigkeit.**

Berlin, 30. Jan. Unter Vorsitz des Reichsministers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preussischen Ressortminister und der Vertreter der politischen Parteien des Reichstages fand eine Aussprache über die Arbeitsbeschaffung mit Vertretern aller Gewerkschaftsgruppen statt. Wichtig wurde betont, daß das Reich und die Länder bis zu einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage mehr als bisher Arbeitsbeschaffung schaffen müßten, wofür sich Möglichkeiten, insbesondere auf dem Arbeitsgebiete des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums, sowie in den landwirtschaftlichen Bodenverbesserungen, wie sie schon jetzt mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrieben werden, zeigten. Sehr bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes schien nach allgemeiner Auffassung die Forderung der Beschäftigung. Auch die Zukunftsaussichten der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert. Aus den Kreisen der Gewerkschaften wurde auch die Notwendigkeit einer vermehrten Anwendung der Methode der Kurzarbeit, sowie die Frage des Wechsels der Belegschaften zur Erörterung gestellt.

**Die Steuerungsanlagen für Arbeitsbeschäftigte.**

Berlin, 30. Jan. Der Arbeitsbeschäftigten-Ausschuß des Reichstages hat folgenden Antrag angenommen: Die Reichsregierung solle unverzüglich Schritte unternehmen, von der in § 87 des Reichsversicherungsgesetzes erteilten Ermächtigung Gebrauch zu machen und 1. die Steuerungsanlagen mit Wirkung vom 1. Januar von 25 auf 35 v. H. zu erhöhen, 2. in § 45 Absatz 2 den Betrag von 1500 M. auf 3000 M. zu erhöhen, 3. die Steuern des einkommensteuerpflichtigen Einkommens (§ 68 Absatz 1 Ziffer 1) je um 2000 M. zu erhöhen.

**Verfolgung der roten Kampfkommunisten.**

Berlin, 30. Jan. Hier sind drei neue Verhaftungen in der Waffe der roten Armee vorgenommen worden. Auch eine frühere Verhaftung des Bolschewistenvertreter Ropp ist in der gleichen Angelegenheit festgenommen worden.

**von Fortschritten.**

Köln, 30. Jan. Zur Zeit findet die Ausgrabung der auf dem Fortmannsweilerkopf liegenden Gebeinen statt. Die Leichen der französischen Soldaten werden auf dem zwischen Eintracht und Uffholz angelegten französischen Friedhof, die der Deutschen auf einem neuen Friedhof südlich der Bahnhofsstraße beigesetzt.

**Frankreichs Flottenmandat in der Ostsee.**

Paris, 30. Jan. Wie das „Journal“ meldet, werden die französischen Flottenmandate in diesem Jahre in der Ostsee stattfinden. Alle Ostseehäfen sollen von der französischen Flotte angelaufen werden.

**Verstärkung des Grenzpostens gegen Polen.**

Paris, 30. Jan. Zur Verstärkung der ostpreussischen Grenze gegen Polen gehen neue englische und italienische Truppenkontingente in Stärke von 8000 Mann nach Ostpreußen ab.

**Polnischer Anteil an der Kriegsbeute.**

Danzig, 30. Jan. Nach einer Meldung aus Warschau soll die interalliierte Kommission bei der Verteilung der Kriegsbeute den Polen 40 000 Eisenbahnwaggons und 700 Lokomotiven zugesprochen haben.

**Die drohende bolschewistische Offensive.**

London, 30. Jan. Dießigen Blättern zufolge wird die kommende bolschewistische Offensive gegen Westeuropa ihre Operationsbasis in der Linie Petersburg—Moskau—Smolensk—Kiew und Odessa haben. Der Vormarsch wird zwischen Petersburg und Smolensk in Ostpreußen und Kiew und Gaißin in der Ukraine beginnen. In der Ukraine sind große Kanalerienmassen konzentriert. Die Anzahl der Truppen in den verschiedenen Linien wird auf 600 000 angegeben. Nach der „Promoda“ verfolgen die Bolschewisten zwei Pläne: Die wirtschaftliche Wiederherstellung Russlands mit Waffengewalt zu sichern und den Endkampf gegen die Alte Welt und die Revolution in Westeuropa zu führen.

**Unruhen in Rom.**

Rugano, 30. Jan. Faschistische Studenten demonstrieren in Rom gegen die Sozialisten. Es wurden aus dem Fenster der Hauptpost mit Tintenfassern, Stühlen usw. beworfen. Darauf feuerten die Demonstranten aus Revolvern. Diebstahl und Telegraphenboten errichteten Barrikaden um das Postgebäude, bis es schließlich der Polizei gelang, das Postgebäude zu besetzen. Etwa 20 Postbeamte wurden verletzt. Infolge dieser Vorfälle legten die römischen Post- und Telegraphenbeamten die Arbeit nieder.

**Polnisches Wirtschafts- u. Ernährungselend.**

Von einem Leuten aus Warschau zurückgekehrten genauen Kenner der polnischen Wirtschaftsverhältnisse wird folgendes mitgeteilt: Das rapide Sinken der polnischen Mark — an der schwarzen Wiese werden für 10 deutsche Mark bereits 100—170 polnische Mark bezahlt — wirkt auf die Stimmung weiter polnischer Kreise im höchsten Grade demütigend. Von Interesse ist, daß in Bank- und Industriekreisen der Grund für den Kurssturz nicht so sehr, wie die polnische Presse glauben zu machen wünscht, in Währungsfragen der deutschen Regierung erblickt wird, als vielmehr in der Unfähigkeit der polnischen Beamtenschaft und in der trostlosen Wirtschaftslage des polnischen Staates, dessen Kapitalisation 80 Milliarden bereits überschritten und dessen Notationsmaßnahmen im Begriffe sind, neue 15 Milliarden herzustellen. In amtlichen Kreisen ist man sich der Milderung des Sturzes der polnischen Valuta auf Oberschlesien auch sehr wohl bewußt und sucht ihr durch Senkung des polnischen Marktwertes zu begegnen. Infolge der Geldentwertung steigt die Teuerung der Lebenshaltung ins Ungemeine. In den Restaurationen werden mährchenhafte Preise gefordert. Auch sonst sind die Preise für die Gegenstände des täglichen Bedarfs für den, der nicht zur Kategorie der Schleher gehört, fast unerträglich. Der Preis für einen Anzug schwankt zwischen 15- und 35 000 Mark; das Baden eines Fremdes kostet 50 Mark, Wälten eines Krugens 20—25 Mark. Katastrophale Formen nimmt allmählich die Brotverfertigung an. In Warschau haben in den letzten Tagen sämtliche Bäckereien bis auf fünf mangels jeglicher Mehlvorräte den Betrieb einstellen müssen, obwohl die Produktion auf den Kopf für einen Zeitraum von 10 Tagen nicht ganz 2 1/2 Pfund beträgt. Dabei muß die Bevölkerung, um sich in den Besitz dieser selbst zum Frühstück eines Hungerlebens nicht ausreichenden Brotmenge zu legen, Stundenlang von den Bäckereien anstehen, ohne die Größe zu haben, das ihr zustehende Brot zu erhalten, dessen Beschaffenheit im übrigen trotz des hohen Preises von 30 Mark für das Pfund eine so schlechte ist, daß Entkräftungserscheinungen, ja Vergiftungen mit tödlichem Ausgang infolge Kattenrot-Genußes an der Tagesordnung sind. Solche Todesfälle findet man in der Presse täglich verzeichnet. In den Kohlenrevieren wächelt sich die Verpflogungsnot gleichfalls zur Katastrophe aus. Die Regierung ist nicht imstande, der diesen Gebieten drohenden Hungersnot auf die Dauer wirksam zu begegnen, übersteigt doch die Lösung der Transportfrage ganz einfach ihre Kräfte. Wie desoramentiert das polnische Transportwesen heute ist, mag man aus der Tatsache entnehmen, daß ein Güterwagen für die Strecke Dombrowa—Warschau heute 12 Tage statt 72 Stunden in der Fortschrittszeit benötigt. Unter diesen Umständen kommen natürlich die angeblich in Danzig anheftenden amerikanischen Wehlvorräte erst garnicht in die Bedarfsgebiete, sodas die Dombrower Vergleute zur Generalfortbewegung zu greifen sich gezwungen sehen.

**Vertliche Angelegenheiten.**

\* **Verstaatlichung der Polizei.** Das Gesamtministerium hat beschlossen, dem Landtag eine Gesetzesvorlage über Verstaatlichung der Polizeiwesen zugehen zu lassen, welche die Vorschläge der Regierung wegen der Verstaatlichung der sächsischen Polizei enthält.

\* **Streikgefahr im sächsischen Transportgewerbe.** Die Verhandlungen über Erneuerung des sächsischen Landesstatut der Transportarbeiter sind gescheitert. Um einen Ausstand zu vermeiden, haben die Arbeiter beschlossen, das Arbeitsministerium um Einsetzung eines Schlichtungsausschusses zu bitten, der den Schlichterspruch fällen soll.

\* **Die Unkosten des Steuerabzugs.** Wie aus Berlin gemeldet wird, hat die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände an die Regierung eine Eingabe gerichtet, in der sie um Erstattung der durch den Steuerabzug für die Arbeitgeber entstehenden Unkosten bittet unter Hinweis darauf, daß den Arbeitgebern nicht zuzunutzen werden könne, die Kosten für Maßnahmen zu tragen, die im Interesse der Allgemeinheit liegen und deshalb eigentlich vom Staat übernommen werden müßten. Die Vereinigung berechnete die Unkosten für größere Betriebe auf etwa fünfzig bis sechzig Mark pro Arbeitnehmer im Jahr. Diese Zahlen bedeuten eine starke Belastung der Unternehmungen. Aus allgemein wirtschaftlichen Interesse müßte daher der Arbeitgeber von diesen lediglich im Interesse der Finanzverwaltung angewendeten Unkosten entlastet werden.

\* **Oberschlesien — Vorsicht!** Ein polnisches Werdebüreau für Oberschlesien hat sich auch in Dresden, Reitbahnstraße 34, aufgetan. Es verspricht an stimmberechtigte Oberschlesier die Aufforderung, sich sofort dort zu melden. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß es sich

um ein politisches Interimsgeschäft handelt, welches die deutschen Stimmen zu gewinnen sucht.

\* **Staatliche Kurse für sächsische Lehrer und Lehrerinnen an Mädchenfortbildungsschulen.** Nach einem Beschlusse des Landtags muß zu Ostern 1921 in jeder Gemeinde Sachsens, die noch keine Mädchenfortbildungsschule hat, mit deren Einrichtung begonnen werden. Um über die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind, leichter hinwegzuhelfen, sollen noch vor Ostern, vom 21. Februar bis zum 3. März d. J. in Leipzig staatliche Kurse zur Einführung in das Mädchenfortbildungsschulwesen stattfinden. Besuche von Lehrern und Lehrerinnen — auch von Fachlehrerinnen — um Zulassung zu diesem auch einem weiteren für den Sommer geplanten Kursus sind bis zum 9. Februar beim zuständigen Bezirksschulrat einzureichen. Das Ministerium gewährt jedem Teilnehmer einen Kostenbeitrag von 200 M. und erwartet, daß die Gemeinde ein gleiches tun wird. Wohnungen werden auf Wunsch vom Arbeitsauschuß besorgt.

\* **Der Verband von Ortskrankenkassen im Freistaat Sachsen hält am 6. Februar in Dresden eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab.**

\* **Kunsthonig ist billiger geworden.** Der Kleinhandelspreis für Kunsthonig ist von 7,30 M. auf 4,70 M. für das Pfund herabgesetzt worden.

\* **Die Unterhaltsbeiträge, Witwen- und Waisenrenten für Hochscholawaische Staatsangehörige werden Dienstag, den 1. Februar, vormittags 9 Uhr, im Stadthaus, Zimmer 13, ausbezahlt.**

\* **Verleumdung, 31. Jan.** Öffentliche Ratssitzung am 28. Januar. Anwesend: 14 Vertreter, 9 Zuhörer. Renntnahmen: Die Renntregulierungsausschüsse hat 845,50 Mark eingebracht, die mit einem vorjährigen Restbestand an 14 bedürftige Rentnerinnen (Hilfswaisen) in Beträgen von je 70 Mark ausbezahlt werden. Aus Dresden: Kinderhilfe sind 3087,50 Mark gesammelt worden und zwar 600 Mark durch Verkauf von Briefumschlagmarken, 2084,20 Mark in Fabriken und 683,30 Mark durch Schulkinder. Die Kreisstelle Stadtkinder auf das Land hat dem Ansuchen um Vermittlung von Kolonien zur Unterbringung hiesiger Kinder Mangel Stellen nicht entsprechen können. Dank an die dänischen Pflegerinnen (Helma-Sattler) für hergliche Aufnahme und gute Pflege von Ortskindern. Von 4., 6., 8. und 9. Gewerkschaften, sowie dem 1. Kirchensteuerordnungsausschuß wird zum zweitenmal, letzterem mit 9 gegen 6 Stimmen, zugestimmt. Auf Ansuchen des Ortsauschusses für Jugendpflege wird einstimmig beschlossen, Veranstaltung der dem Ortsauschuß angehörenden Vereinigungen nach dem Gutachten des Ortsauschusses die Eintrittsteuer mit Ausnahme der Tanzsteuer zu erlassen. Als Vertrauensmann der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wird im Einvernehmen mit den beteiligten Vorpersönen Hr. Albin Seilmann, als Stellv. Oswald Feder wiederbewählt. Die Einkommensteuer wird dem Bauauschuß übertragen, der im Einverständnis des Rates die Wiederaufnahme des Wohnhausbause vorbereiten. Zur Besprechung in Aussicht mit dem Landeswohnungsamt wird der Gemeindevorstand angeordnet. Von der geprüft und richtig befundenen ersten Rechnung der Kriegerdankstiftung wird genehmigend Kenntnis genommen. Den noch lebenden vier Veteranen von 1804, 66, 70/71 wird eine Ehrengabe bewilligt. Der Pensionanspruch einer Beamtenwidwe wird anerkannt. Genehmigt wurde der Antrag auf Darlehensvorschuß bei der Kreditkassenanstalt zur Rückzahlung des fälligen unter Bürgschaft des Staatsarchivs aufgenommenen Darlehens von 200 000 Mark für den Wohnbau, sowie der Ausgleich einer Forderung nach dem Vorschlag des Bauauschusses und ein Darlehensgehalt.

\* **Dresden, 31. Jan.** Dem Gutbesitzer Karl H 3 f n e r wurden in der Nacht zum Donnerstag zum Freitag zwei Kühe und eine Kalbe gestohlen. Von dem Täter hat man keine Spur.

\* **Leipzig.** Die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt hat für die Hinterbliebenen der Opfer des Weltkriegs Unglücks und für die Verletzten die Summe von 50 000 M. zur Verfügung gestellt.

\* **Leipzig.** Die Kriminalpolizei hat eine Diebstahlsbande von Güterbodenarbeitern festgenommen, die seit September v. J. gemeinschaftlich schwere und große Diebstahle auf dem Magdeburger-Erfurter Güterbahnhof ausgeführt hat. Die Güterbodenarbeiter nutzten ihre dienstliche Anstellung dazu aus, um Bahngüter zu stehlen und dann zu verkaufen, die ein unschätzbaren Gesamtwert von einer Million Mark haben! Allein für 40 000 M. Rogmal in Säcken, beste französische Marke, und Zigarren konnten wieder herbeigeschafft werden. Der Diebstahlsbande gehörten neun Güterbodenarbeiter und ein Oberassistent an, die sämtlich in Haft kamen.

\* **Dresden.** Zum Fall Rosenthal teilt das Polizeipräsidium mit, daß Rosenthal von Dresdner Kriminalbeamten dem Sanatorium ständig überwacht wird, um ein Entweichen zu verhindern.

**Aus den Parteien.**

\* **Aus, 31. Jan.** Ein Bezirksvertretertag der Deutschen Volkspartei fand am Freitag nachmittag in Aus statt. Parteisekretär Frank legte zunächst den Resolutionsentwurf für 1920 vor, welcher richtig gesprochen wurde, und gab sodann einen Überblick über die Tätigkeit der Ortsgruppen im vergangenen Jahre. Nach demselben hat sich die Zahl der Ortsgruppen verdoppelt, die Mitgliederzahl verdreifacht. 119 Versammlungen wurden abgehalten, 260 000 Flugblätter verbreitet. Der Verband zählt jetzt in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg 14 Ortsvereine und 20 Vertrauensleute. Bei der Vorstandswahl für das Jahr 1921 wurde als 1. Vorsitzender Professor Felber aus Wiedergewählt, als Stellv. Vorsitzender Professor Giebel aus Schneberg und Kaufmann Georg Ficker-Schwarzenberg, als Schriftführer Oberpostsekretär Keller aus Wiedergewählt, als Parteisekretär Hugo Hillmann aus Wiedergewählt. Aus dem engeren Vorstand gehören außerdem am Vorstandsstand Gschent-Ebenhausen, Amtsrichter Dr. W 3 l l e r-Johanngeorgenstadt und Frau Thiemann aus Wiedergewählt. Frank gab einen eingehenden, vertraulichen Bericht über die außen- und innenpolitische Lage, welcher durch den Landtagsabgeordneten Glasförmelmeister Wittke in Bezug auf einige Fragen der sächsischen Politik noch ergänzt wurde.

**Stimmen aus dem Deisterkreis.**

\* **Schneberg, 31. Jan.** Ueber die Höhe der kommenden Kirchenneuern sind in unserer Gemeinde arg übertriebene Gerüchte verbreitet. Nach einer Beroderung des Landestonsistoriums vom 16. Dezember 1920 sind an Kirchenneuern für das Rechnungsjahr 1920 zu zahlen vier Fünftel von dem Betrag, der vom 1. Januar 1919 bis zum 31. März 1920 an Kirchenneuern bezahlt worden ist. Jedes kann nach Ansicht der betreffenden Steuerzettel seine Kirchenneuern selbst berechnen. Der also vom 1. Januar 1919 bis zum 31. März 1920 1000 Mark Kirchensteuer bezahlt hat, hat für das Rechnungsjahr 1920 zu zahlen 800 Mark, wer 100 Mark bezahlt hat, 80 Mark. Die Kirchensteuer kann nur dadurch etwas drückend erscheinen, daß sie diesmal nicht in Teilbeträgen, sondern auf einmal erhoben wird. An der einmaligen Erhebung ist nicht der Kirchenneuernstand schuld, sondern das Ausbleiben der bedürftlichen Ausführungsvorordnung. In Zukunft werden die Kirchenneuern in Tranchen bei der Kirchen-